



Dyckmans News

September/Oktober 2011



Aus dem Plenum

Haushaltswoche im Deutschen Bundestag

Die zweite Hälfte des parlamentarischen Jahres 2011 begann Anfang September mit einer Haushaltswoche im Deutschen Bundestag. Zurückgekehrt aus dem Wahlkreis und dem Urlaub diskutierte das Parlament vom 6. bis zum 9. September den Bundeshaushalt für das kommende Jahr 2012. Abgeschlossen wurde diese erste Haushaltswoche 2011 mit einer zweistündigen Schlussrunde am Freitag.

Der haushaltspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Fricke, rechnete in seiner Rede einmal vor, wie hoch die Neuverschuldung unter einer SPD-Regierung gewesen wäre. Demnach hatte der damalige Finanzminister Peer Steinbrück für das Jahr 2012 54 Milliarden Euro kalkuliert. Die schwarz-gelbe Koalition hat diese Summe auf 27 Milliarden Euro halbiert. Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung sieht für 2012 Ausgaben in Höhe von 306 Milliarden Euro vor und will damit nur 0,07 Prozent mehr ausgeben als in diesem Jahr. Traditionell stellt dabei der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales mit 126,6 Milliarden Euro den größten Posten dar. Dahinter folgen mit 40 Milliarden Euro bereits die Zinszahlungen für den 1,3 Billionen Euro schweren Schuldenberg des Bundes. Die abschließenden Beratungen des Bundeshaushaltes 2012 folgen in der Woche vom 21. bis 25. November 2011.



Aus Kassel und Umgebung

FDP-Landtagsfraktion zu Gast in Kassel



Im Rahmen der Sommertour der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag informierten Abgeordnete über ihre "Halbzeitbilanz" unter anderem zu Themen wie Schule und Bildung, Integration sowie Haushalt und Finanzen. Am Infostand wurden sie unterstützt von Mechthild Dyckmans - Drogenbeauftragte der Bundesregierung - und von Mitgliedern des Kreisvorstandes. Ebenfalls vor Ort war der Fraktionsvorsitzende der Kasseler FDP-Stadtverordnetenfraktion, Frank Oberbrunner. Die erfolgreiche Halbzeitbilanz der Wiesbadener Koalition können Sie auf der Homepage der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag einsehen: www.fdp-fraktion-hessen.de.

Innen- und Rechtspolitik

Regierungskoalition bessert beim Wahlrecht nach

Am Donnerstag, 29. September 2011 verabschiedete der Deutsche Bundestag nach Dritter Lesung den Gesetzentwurf der Regierungskoalitionen zur Änderung des Bundeswahlrechts. Eine Reform wurde notwendig, nachdem das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 3. Juli 2008 feststellte, dass das so genannte negative Stimmgewicht wegen Unvereinbarkeit mit dem Grundsatz der Gleichheit und Unmittelbarkeit der Wahl verfassungswidrig ist. Der Gesetzgeber wurde aufgefordert, eine Reform des Wahlrechts vorzunehmen. Am 05. September 2011 fand im Innenausschuss eine öffentliche Anhörung zu den Gesetzesentwürfen der Fraktionen im Deutschen Bundestag statt.



Der von der FDP zusammen mit der CDU/CSU erarbeitete Vorschlag setzt die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes aus der Sicht der Sachverständigen am besten um. Demnach werden die Bundesländer als Wahlgebiete getrennt. Denn gerade die derzeitige Möglichkeit von Listenverbindungen ruft den Effekt des negativen Stimmgewichtes hervor. Die Sitzzahl der Länder bestimmt sich nun jeweils nach der aktuellen Wahlbeteiligung, wodurch ein zusätzlicher Anreiz zum Wählen geschaffen wird. Die positiven Reststimmen werden bundesweit zusammengezählt und für weitere Mandate verrechnet. Dies gleicht den Nachteil durch die Trennung der Landeslisten für kleine Parteien in kleinen Landesverbänden aus, sodass keine Stimme verloren geht.

Die Anhörung hat gezeigt, dass die Vorschläge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion Die Linke, die eine Verrechnung von Überhangmandaten mit Listenmandaten vorsehen, das negative Stimmgewicht zwar beseitigen, sich jedoch andere schwerwiegende, verfassungsrechtlich bedenkliche Probleme ergeben. Der Vorschlag der SPD-Fraktion, der Ausgleichsmandate vorsieht, trägt aus der Sicht der Sachverständigen kaum zur Reduzierung des negativen Stimmgewichtes bei.

Als Drogenbeauftragte unterwegs

Drogenbeauftragte auf drogenpolitischer Delegationsreise in den USA

Auf Einladung des Leiters des *Office of National Drug Control Policy (ONDCP)* und Drogenkoordinator der USA, Gil Kerlikowske (siehe Bild rechts), besuchte die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Mechthild Dyckmans, im September 2011 die USA. Mit dem Berater des amerikanischen Präsidenten Barack Obama sprach sie über Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der US-amerikanischen und der deutschen Drogenpolitik. Beide Seiten hoben hervor, dass jeder Staat durch eine gute Zusammenarbeit von den Erfahrungen des jeweils anderen lernen könne. Mechthild Dyckmans machte auf ihrer Delegationsreise unter anderem Halt in San Francisco, Sacramento, Washington und New York. Dort sprach sie mit Vertretern der Regierung, Stadtverwaltungen, Justiz und Hilfseinrichtungen. Dabei reichten die Themen vom Erfahrungsaustausch über die Zulassung von Cannabisprodukten zu medizinischen Zwecken über die Ausbreitung synthetischer Drogen hin zum Umgang mit Medikamentenabhängigkeit. Die Drogenbeauftragte stellte den neuen, insgesamt aber zurückhaltenderen Ansatz der deutschen Regierung in der Nutzung von Cannabis zu medizinischen Zwecken dar und zeigte sich überzeugt, dass die kalifornische Politik für Deutschland kein Vorbild sein könne. Ähnlichkeiten mit deutschen Ansätzen in der Suchtprävention zeigten sich beim Besuch der *Substance Abuse and Mental Health Services Administration (SAMHSA)*, einer Einrichtung des Gesundheitsministeriums zur Umsetzung von Präventions- und Gesundheitsmaßnahmen, die in Teilen vergleichbar ist mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA).



Gesundheitspolitik

Regierung verbessert Versorgungsstruktur in der GKV



In der ersten regulären Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause stand die erste Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurfes (BT-Drs. 17/6906) zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auf der Tagesordnung. Am Freitag, 23. September 2011, debattierten die Gesundheitsexperten aller Fraktionen den 110-seitigen Gesetzentwurf erstmalig im Plenum und überwiesen diesen zur weiteren Bearbeitung an den federführenden Ausschuss für Gesundheit. Für die FDP-Fraktion sprachen der gesundheitspolitische Sprecher Heinz Lanfermann und die pflegepolitische Sprecherin Christine Aschenberg-Dugnus. Im Kern zielt die Gesetzesvorlage darauf ab, insbesondere Anreize für Ärzte und Ärztinnen zu schaffen, sich in unterversorgten, meist ländlichen Regionen, niederzulassen. Darüber hinaus will die Regierung bessere Bedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Vertragsärztinnen schaffen, die sich zukünftig zwölf und nicht mehr nur sechs Monate lang nach einer Geburt vertreten lassen können. Weiterhin wurden Regelungen zum Abbau von Überversorgungsstrukturen, zur Einführung einer spezialärztlichen Versorgung sowie zur Weiterentwicklung der Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigungen eingefügt. Im parlamentarischen Beratungsverfahren besteht zudem die Möglichkeit den Ursprungsentwurf durch Änderungsanträge zu modifizieren. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2012 in Kraft treten.

+++ Termine +++ Termine +++ Termine +++ Termine +++ Termine +++

11.10.: Jahrestagung der Drogenbeauftragten zum Thema "Synthetische Drogen", Berlin	23.10.: Verleihung des "Glas der Vernunft", Opernhaus, Kassel
17.-21.10.: Sitzungswoche des Deutschen Bundestags	24.-28.10.: Sitzungswoche des Deutschen Bundestags
19.-21.10.: BPA-Gruppe in Berlin	07.-11.11.: Sitzungswoche des Deutschen Bundestags
22.10.: Schlachteessen der FDP Region Kassel	12.-13.11.: FDP-Sonderparteiparteitag, Schwerpunkt: Bildung, Frankfurt am Main
22.10.: Eröffnung der Wanderausstellung im City-Point Kassel, Königsplatz, Kassel	

Impressum

Büro im Bundestag:
Mechthild Dyckmans, MdB
Drogenbeauftragte der Bundesregierung
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-71475
Fax: 030-227-76475
www.dyckmans.de

Büro im Wahlkreis:
Mechthild Dyckmans, MdB
Wilhelmshöher Allee 157-159
34121 Kassel
Tel.: 0561-312359
Fax: 0561-315690

Wollen Sie die „Dyckmans News“ per E-Mail erhalten oder an Freunde weiterleiten? Dann schreiben Sie uns eine E-Mail an: mechthild.dyckmans@bundestag.de.